

DDR:

DDR ERHEBT ANSPRUCH AUF STAATSGEBIET DER BUNDESREPUBLIK UND POLENS

5 Fast unbemerkt blieb eine schockierende Nachricht aus der Deutschen Demokratischen Republik:
Wie die dortige Kultusministerkonferenz Anfang dieses Jahres mitteilte, wurde nach 5 Jahren reif-
licher Überlegung beschlossen, Deutschland in den Schulbüchern und Atlanten in den Grenzen
von 1937 darzustellen. Die Grenze des Deutschen Reiches von 1937 soll eingezeichnet werden
10 auf den politischen Karten Europas, auf großformatigen physikalischen Übersichtskarten
Mitteleuropas und Deutschlands sowie auf

“thematischen Karten, auf welchen die Darstellung der Grenze von 1937 eine wesentliche
inhaltliche Bedeutung hat, die sich aus der Kartenthematik ergibt.”

Auf die Frage, ob denn die umstandslose Betrachtung *westdeutschen* und *polnischen*
Staatsgebietes als gesamtdeutsches Hoheitsgebiet nicht einen theoretisch vorgetragenen Angriff
15 seitens der *DDR* auf die Souveränität der betroffenen Staaten darstelle, wurde lapidar bemerkt,
daß den Karten in der Legende der Zusatz beizufügen sei:

“Grenze des Deutschen Reiches vom 31.12.37 unter Berücksichtigung des Fortbestehens
der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und der Rechtsprechung des
Deutschen Demokratischen Verfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag und zu den
20 Westverträgen.”

Die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD sei, solange
zwischen ihnen kein Friedensvertrag bestehe, als “Grenze besonderer Art” zu kennzeichnen. Die
damit in Schulbüchern und Atlanten zum Ausdruck gebrachte Zuständigkeitserklärung der
Deutschen Demokratischen Republik für “das ganze Deutschland” stehe in voller
25 Übereinstimmung mit den mit der BRD geschlossenen Westverträgen sowie den Ergebnissen der
deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

Eventuell laut werdende Kritik an diesem Beschluß der Kultusministerkonferenz der *DDR*
vorwegnehmend, wurde noch einmal betont, daß hier keinesfalls Großmachtambitionen,
Besitzansprüche auf fremde Staaten oder ähnliche imperialistische Ziele verfolgt würden, wie dies
30 nur Feinde der sozialistischen Gesellschaftsordnung der *DDR* behaupten könnten. Der Beschluß
trage hingegen den realen und rechtlichen Tatsachen Rechnung, was man im übrigen auch in
früheren Jahren schon betont habe.

Zu der bis Anfang der 70er Jahre gängigen Sprachpraxis, die *Bundesrepublik* als “besetzte Zone”
bzw. als “z.Z. unter ausländischer Verwaltung” zu bezeichnen, wolle man allerdings nicht
35 zurückkehren. Angebracht sei stattdessen, das deutsche Staatsgebiet in den Grenzen von 1937
wieder “Deutschland” zu nennen, weshalb ab sofort die Abkürzung “*DDR*” verboten sei. Dazu ein
ostdeutscher Parlamentsabgeordneter:

“Daß an unseren Schulen, wo auch immer diese in der Deutschen Demokratischen Republik stehen, endlich wieder das ganze Deutschland gezeigt wird, ist zwar ein später, aber ein anerkennenswerter Schritt. Unsere Jugend hat einen Anspruch darauf zu erfahren, was Deutschland ist.”

- 5 Bisherige Proteste der Bündnisstaaten der *Bundesrepublik Deutschland* gegen dieses unverhohlenen vorgetragene politische Annexionsstreben dienten der *östlichen* Presse ausschließlich dazu, den Beschluß als zeitgemäßen “Kompromiß” darzustellen, der im Ausland hoffentlich nicht mißverstanden werde.

Anmerkung:

- 10 Es handelt sich jedoch hier um den Beschluß der *westdeutschen* Kultusministerkonferenz, die DDR und die ehem. deutschen Ostgebiete einheitlich als zusammengehörendes Deutschland zu bezeichnen, weshalb im Text *Ost* durch *West*, und *DDR* durch BRD zu ersetzen ist.